

Beilage zu Nummer 78 der Volksstimme.

Samstag den 1. April 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 1. April 1916.

Ein Mahnwort an Arbeitereltern.

Von einem besonders erfahrenen Genossen wird uns geschrieben:

In wenigen Tagen tritt wieder ein Teil unserer 14-jährigen Jugend hinaus ins Leben, um Geld zu verdienen. Und immer noch sind sich manche Eltern oder Mütter, hauptsächlich unsere Kriegerfrauen, nicht klar, was sie mit ihren Kindern anfangen sollen. In diesen teuren Zeiten schwebt vielen Müttern in erster Linie vor Augen, ihre Kinder sollen Geld verdienen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist das leicht verständlich. Ob das aber immer das Richtige ist, das ist die andere Frage.

Nachstehende Zeilen sollen dazu dienen, unseren Frauen, hauptsächlich den Kriegerfrauen, sowie anderen Erzieherinnen nochmals ans Herz zu legen, genau zu prüfen, ehe eine endgültige Entscheidung getroffen wird. Denn zu bedenken ist, daß durch eine falsche Wahl in vielen Fällen ein hoffnungsvolles Leben vernichtet wird. Wer von den verantwortlichen Personen möchte die Verantwortung übernehmen?

Für die jungen Mädchen ist die Frage, was sollen sie werden, schneller gelöst, als für die Jungen. Die Mädchen lasse man dienen. Der schon ins Auge springende Vorteil liegt darin, daß nebst freier Beköstigung (die in diesen teuren Zeiten nicht zu unterschätzen ist) und Wohnung immerhin ein Barbetrug gewährt wird. Dieser Betrag könnte zum Teil zu Reauschaffungen und zur Unterstützung der Eltern dienen. Anders liegt die Sache bei den Knaben, und zwar bei denen, die etwas lernen sollen. Soweit die Möglichkeit vorhanden, daß der Lehrling Kost und Wohnung gewährt ist, ist diese Frage schnell gelöst. Das trifft auf dem Lande zu. Für Frankfurt werden sich wenige Meister dazu verstehen können. Die Gründe dafür darzulegen, würde zu weit führen. Es genügt, daß mit dieser Tatsache zu rechnen ist. Dadurch, und weil in den Lehrjahren die Vergütung so minimal ist, werden die Mütter und Erzieher obsolet, die Jungen etwas lernen zu lassen. Ein anderer Faktor ist der, daß sich manche Mütter oder Eltern durch den angeblich hohen Verdienst der Munitionsfabrikanten oder der Kaufmanns, Väter usw. irreführen lassen. Es möge hier einmal gesagt sein, daß das vollständig verkehrt ist. Der Krieg dauert allfälligerweise nicht ewig und schon jetzt ist die Nachfrage nach solchen Arbeitern gering. Nach dem Kriege werden, soweit es nicht jetzt schon geschehen ist, all diese Kräfte überflüssig werden. Was dann?

Haben denn die Mütter schon einmal darüber nachgedacht? In den Munitionsfabriken hat die Arbeit jetzt schon nachgelassen. Verlangt werden nur gelernte, erprobte Leute. Die niederen Arbeiten werden von Frauen verrichtet. Und nun gar Väter und Ausläufer! Glauben die Mütter denn ernstlich, daß sich zum Ausläufer jeder Junge eignet? Haben die Eltern auch an alle die Gefahren gedacht, die gerade dieser Beruf mit sich bringt? Der Lohn für Ausläufer, die übrigens zu 90 Prozent Radfahrer sein müssen, beträgt in je vierer Zeit 12 bis 22 Mark. Für ältere geübte Väter, die auf jahrelange Tätigkeit zurückblicken können, steigt er bis auf 30 Mark. Ein junger Ausläufer wird also im Höchstfall 10 bis 12 Mark erhalten. Dann muß er aber außerordentlich fräftig, intelligent sein und gute Schulkenntnisse haben. Ist er nicht ein starker Charakter, ein Mensch, der alles stehen und liegen lassen kann, für den Geld keine Anziehungskraft hat, dann ist er verloren. Mit Kleinigkeiten fängt er an, z. B. bei Schwämmen oder Kolliden, um paar Zigaretten oder Zigarren, kleinen Beträgen usw., um mit großen Summen aufzuhören. Man wird sauer, es malle zu schwarz; doch ist es so, denn ich habe tatsächlich derartige Fälle vor Augen. Solche Vorkommnisse sind um so bedauerlicher, da die Eltern zum größten Teil fleißige brave Menschen sind, die nur das Beste ihres Kindes im Auge haben. Hat man Gelegenheit, mit diesen Eltern persönlich Rücksprache zu nehmen, dann sehen sie alle ein, daß sie bei der Wahl des Berufs ihres Kindes fehlgegangen sind, oder in momentaner Notlage falsch beraten wurden.

Doch sehen wir den Fall, der Junge hat die nötige Widerstandskraft, findet aber keine Befriedigung in seinem Beruf, dann wird er fortwährend wechseln, was zur Folge hat, daß er zum Gelegenheitsarbeiter herabsinkt. Welche Eltern möchten um des momentanen Vorteils willen ihrem Kinde eine solche Zukunft schaffen?

Zu bedenken ist auch, daß nach dem Kriege der ungelernete Arbeiter und hauptsächlich der Vater und Ausläufer die denkbar schlechteste sein wird. Wegen Mangel an Jungen und den zu hohen Forderungen an Lohn, die zum Teil zur jetzigen Zeit begründet sein mögen (Jungen von 14—15 Jahre fordern 24 Mark und mehr Lohn pro Woche), sind die Geschäfte, die Ausläufer beschäftigen, dazu übergegangen, Mädchen einzustellen. So weit meine Erfahrungen reichen, haben sich die weiblichen Arbeitskräfte vervielfacht. Ein Blick auf unser Straßenbild zeigt uns das zur Genüge. Die Mädchen sollen zuverlässiger, ehelicher, fleißiger sein, und die Stellen weniger wechseln. Damit ist nun nicht gesagt, daß sich die Eltern von Mädchen etwas versprechen sollen, diese dem genannten Beruf zuzuführen, denn die Folge davon wäre, daß der Arbeitsmarkt mit weiblichen Hilfskräften überflutet würde und demzufolge der Lohn erheblich sinken müßte. Für unsere jungen Mädchen ist es bleibt es das Beste, falls sie aus irgend einem Grunde keinen Beruf ergreifen können, den Dienstmadchenberuf zu wählen.

Es würde zu weit führen, noch die weiteren Schäden für unsere ungelerneten Arbeiter zu besprechen. Das Arbeits- und Jugendamt, die Gewerkschaften aller Richtungen, die Jugendvereine, sowie die Leiter der Fortbildungsschulen werden bereit sein, den Eltern mit Rat an die Hand zu gehen und ihnen den Vorteil klar legen, den ein gelernter Arbeiter einem ungelerneten Arbeiter gegenüber hat.

Weiter hat uns der Krieg die besten und tüchtigsten Arbeiter genommen. Da muß für einen guten Nachwuchs gesorgt werden. Industrie wie Handwerk haben das größte Interesse daran, für einen guten neuen Stamm gesulter zu sorgen. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn alle größeren Firmen Lehrlingswerkstätten, wie sie zum Teil schon bestehen, einrichten würden, die nur von den tüchtigsten Meistern geleitet werden müßten. Ferner dürfte es empfehlenswert, die Wochenvergütungen etwas zu erhöhen.

Zu der Zeit, als ich noch in die Lehre ging, erhielt ich im ersten Jahre 6 Mark, im 2. Jahre 9 Mark und im 3. Jahre 12 Mark pro Woche. Das war vor 35 Jahren. Was zu jener Zeit möglich war, muß jetzt erst recht gehen. Die Herren Unternehmer handeln dabei im eigenen Interesse, sie fördern bei den jungen Leuten dadurch den Eifer und die Arbeitslust.

Den Eltern aber, die glauben, daß ihr Sohn nur deshalb nichts lernen könne, weil sie die nötigen Mittel nicht haben, diene zur Rüge, daß das Jugendamt (Rathaus) sich in dankenswerter Weise bereit erklärt hat, bedürftigen Eltern, deren Kinder etwas lernen wollen, mit Kleidung oder Geld an die Hand zu geben.

Die Eltern mögen nach dem Gesagten nochmals gründlich erwägen, ob es ihnen wirklich nicht möglich ist, ihre Kinder einen Beruf erlernen zu lassen. Wenn auch zurzeit damit große Opfer von den Eltern verlangt werden, so wird doch die Zukunft diese gebrachten Opfer reichlich bezahlt machen.

P. L.

Stadtverordnetenversammlung.

Im Saalbau II soll eine Volkshochschule eingerichtet werden. Zur Anschaffung des Inventars werden auf Antrag des Stadtverordneten Hansohn als Berichterstatter des Ausschusses 3450 Mark bewilligt. Die Normaleinheitspreise für die durch das Kanalbauamt auszuführenden Hausanschlüsse, sowie für die Reinigung der Sand- und Fettsäure und für die Bedienung des Abflusses in Privatgrundstücken werden in derselben Höhe wie im Vorjahre auch für das Rechnungsjahr 1916 festgesetzt. Der Ueberschuss für die Ausführung der Hausanschlüsse betrug 185 Mark und für die Reinigung der Sand- und Fettsäure 1000 Mark. Auf Antrag des Finanzausschusses werden für die Ratskassen in den von deutschen Truppen besetzten Teilen Polens 300 Mark bewilligt. Im vorigen Jahre waren bereits 500 Mark zu diesem Zweck bereit gestellt. Ueber die Bewährung einer

Beihilfe an das Gewerkschaftsamt

und an das katholische Arbeitersekretariat berichtet namens des Finanzausschusses der Stadtverordnete Wolf. Vom Gewerkschaftsamt Wiesbaden war ein Antrag beim Magistrat eingegangen, in welchem um einen jährlichen Zuschuß von 2000 Mark für das Arbeitersekretariat ersucht wird. Infolge des Krieges sind über 65 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zum Heeresdienst eingezogen, wodurch naturgemäß die Einnahmen für das Sekretariat stark zurückgegangen. Die Besucherzahl stieg oder blieb mindestens auf derselben Höhe wie in Friedenszeiten. Ein Beweis dafür, daß diese von der Arbeiterkraft geschaffene Einrichtung für weite Bevölkerungskreise Bedeutung hat. Ein ähnlicher Antrag wurde auch vom katholischen Arbeitersekretariat eingebracht, der um 60 Mark monatliche Unterstützung nachsucht. Auf Vorschlag des Magistrats und des Finanzausschusses wurde beschlossen, an das Gewerkschaftsamt monatlich 100 Mark vom 1. Januar 1916 ab und an das katholische Arbeitersekretariat pro Monat 60 Mark von demselben Datum ab als Beihilfe während der Dauer des Krieges zu gewähren. Ein Antrag auf Erhöhung der Bundessteuer wurde vom Magistrat zurückgezogen. Stadtverordneter Hartmann bekräftigte das überreichliche Halten von Einnahmen und hätte gewünscht, daß die Erhöhung der Steuer beschlossen würde. Unter allen Umständen muß gegen die Verschwendung und Verunreinigung der Bürgersteige durch die Hunde etwas unternommen werden. Eine Polizeiverordnung wäre da zu begrüßen, die die Tierhalter für die Verunreinigung haftbar macht. Bürgermeister Teubner bemerkt hierzu, daß der Antrag wegen der großen Gegnerschaft zurückgezogen wurde. Wenn die Versammlung den Antrag wieder aufnehmen will, habe der Magistrat nichts dagegen. Die Stadtverordneten Wolf und Heßmer sprechen sich für die Erhöhung und würden ebenfalls eine Polizeiverordnung begrüßen, die gegen die Verunreinigung der Straßen Front macht. Ein neuer Antrag hierzu fiel nicht ein Ueber die

Errichtung einer städtischen Handelsschule.

welche vom Magistrat und vom Organisationsausschuß empfohlen wird, entstand eine ausgedehnte Debatte. Diese Angelegenheit schwebt schon seit 1900. Am 18. März hat der Magistrat sich erneut mit der Errichtung der Schule beschäftigt und beschlossen, vorläufig einen Kursus einzurichten. Die Einnahmen und Ausgaben würden 3500 Mark betragen. Aufgenommen sollen werden alle Knaben und Mädchen, welche die höheren Klassen der Volksschule besucht haben, sowie Schüler der Mittelschulen. Stadtverordneter Wolf erachtet die Errichtung der Schule für überflüssig und beantragte Vertagung des Antrages bis nach dem Kriege. Redner kann es nicht begreifen, warum jetzt plötzlich während des Krieges eine Schule eingerichtet werden soll. Ein Bedürfnis sei nicht vorhanden, da Wiesbaden keine Handelsstadt ist, wie Mainz und Frankfurt. Demgegenüber betont Stadtverordneter Meier, daß auch in Wiesbaden ein Bedürfnis für die Errichtung einer Schule vorhanden ist, das zeige auch die Gründung privater Handelsschulen. In fast allen größeren Städten bestehen Handelsschulen. Stadtverordneter Philipp Müller ist für die Errichtung der Schule. Wie die Kleinmeister sich gegen die gewerbliche Fortbildungsschule gewandt haben, in derselben Form wird auch jetzt von den Kaufleuten gegen die Verbesserung der Ausbildung der Lehrlinge Sturm gelaufen. Bürgermeister Teubner tritt der Auffassung des Stadtverordneten Wolf entgegen, daß diese Schule die Lehre ersetzen soll. Es handelt sich um eine Bildungsschule, die jedenfalls mehr leisten kann, wie die privaten Handelsschulen. Stadtverordneter Werbach bemerkt, daß den jungen Leuten in der Lehre die notwendige theoretische Ausbildung beigebracht wird. Auch die Volksschule weist in vielen Dingen Mängel in der Ausbildung der Kinder auf. Aus rein praktischen Gründen ist die Einrichtung notwendig. Stadtverordneter Hansohn ist gegen die Einrichtung, wodurch nur die Lehrzeit verlängert wird. Wenn sich die Handwerksmeister gegen die Fortbildungsschule gewandt haben, so aus dem Grunde, weil die Lehrlinge während der Arbeitszeit die Schule besuchen müssen, zum Schaden der praktischen Ausbildung. Damit schloß die Debatte. Der Antrag auf Vertagung wurde hierauf mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Pensionierung des Magistratssekretärs Bengelsoog und des Bureauassistenten Stahl wurde auf Antrag des Organisationsausschusses von der Versammlung angenommen.

Keine angreifbare polizeiliche Verfügung. Der Rentner Reil war feinerzeit als gemeingefährlich geisteskrank in das städtische Krankenhaus in Wiesbaden eingeliefert und dann in der Irrenheilanstalt auf dem Eichberg untergebracht worden, von wo er im September 1912 als gebessert entlassen wurde. Nach zwei Monaten wurde er aber auf Anordnung des Wiesbadener Polizeipräsidenten wieder auf dem Eichberg untergebracht. Im März 1913 entfloß er aus der Anstalt.

Sein Aufenthalt wurde verheimlicht. Unter Berufung auf eine Vollmacht beantragte dann im Juli 1913 der Rechtsanwalt Jasse aus Frankfurt a. M., der Polizeipräsident von Wiesbaden solle keine Internierungsverfügung aufheben, weil nach der ersten Entlassung R. nichts begangen habe, was auf Gemeingefährlichkeit schließen ließe. Der Wiesbadener Polizeipräsident gab darauf am 26. August folgenden Bescheid: „Da R. sich der Anstaltsbehandlung durch die Flucht entzogen hat, habe ich keine Handhabe, in eine Prüfung seines derzeitigen Gesundheitszustandes einzutreten. R. muß daher nach dem letzten freisätzlichen Gutachten als gemeingefährlich und der Anstaltspflege bedürftig angesehen werden.“

Der Anwalt erachtete das als eine angreifbare polizeiliche Verfügung und erhob gegen den Polizeipräsidenten die Klage beim Bezirksauschuß, indem er die Ablehnung der Freigabe seines Auftraggebers für ungerechtfertigt erklärte. Der Bezirksauschuß wies die Klage als unzulässig ab, weil der Bescheid des Polizeipräsidenten vom 26. August 1913 keine angreifbare polizeiliche Verfügung sei. Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz verwarf ebenfalls am 30. März die von Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried vertretene Berufung.

Sommerfahrplan. Vom 1. April ab verkehren wieder einige Rüge auf den umliegenden Eisenbahnhöfen, die während der Wintermonate ausgenommen waren. So kommen z. B. auf der Strecke Wiesbaden-Langenschwalbach wieder verschiedene Sonntagszüge in Betrieb, während der täglich verkehrende Frühzug nach jeder Richtung nur eine halbe Stunde etwas früher fährt. Auf der Kleinbahn Elbfille-Schlangenberg verkehren von heute ab wieder täglich folgende Rüge nachmittags: Elbfille ab 2.45, Schlangenberg an 4.18, Schlangenberg ab 5.15, Elbfille an 5.48 Uhr.

Reisend-Theater. Der neue große Schläger „Die selige Exzellenz“ gelangt am Montag zum 25. Male zur Aufführung, während am Dienstag „Petten Seber“ und am Mittwoch das mit so starkem Beifall aufgenommene Lustspiel „Der Turke des Herrn Oberst“ („Das weiße Du“) wiederholt wird. Als Volkstheaterung an kleinen Breiten wird am Freitag das liebenswürdige Lustspiel „Die Liebheime“ gegeben. In Vorbereitung ist „Der Fremde“ von Bernhard und „Armut“ von Anton Wildgans.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Dohheim, 29. März. (Der Vorschlag der hiesigen Gemeinde) für das Rechnungsjahr 1916 liegt zur Einsicht auf dem Rathaus 14 Tage offen. Bei der letzten Sitzung der hiesigen Gemeindevertretung waren 3 Mitglieder anwesend. Wegen der Gemeinübergangsverhältnisse sind keine Einträge erhoben worden, die wohl infolge dessen für gültig erklärt. Die durch den Tod des Herrn Lehrer Herbst frei gewordene Stelle soll in eine Lehrerinnenstelle umgewandelt werden. Ueber den Antrag der Schuldeputation, dabei die Möglichkeit ins Auge zu fassen, diese Umwandlung später wieder rückgängig machen zu können, wurde kein Bescheid gefaßt, da man der Meinung war, daß es vielleicht möglich sei, bei einem etwaigen späteren Rückgang der Schülerzahl die Stelle ganz aufzuheben. Ein durch die Nassauische Landesbank in der Pfandversteigerung von der Eigenheim-Wissenbau-Gesellschaft erworbenes Grundstück in der Höhe von 6 Ar 40 Quadratmeter wird trotz der ungünstigen Zeit zu dem bei der Versteigerung erstellten Höchstgebot von 1700 Mk. von der Gemeinde übernommen, da der Erwerb dieses Grundstücks im Interesse der Gemeinde liegt.

Aus den umliegenden Kreisen.

Scharfmacher und Burgfrieden.

In der gestern zu Ende geführten Staatsberatung der hiesigen ersten Kammer vertrat sich Freiherr von Döhl zur Abwechselung wieder einmal in der Rolle des Scharfmachers. Er verwies den Staatsminister auf die in der Reichstagskommission beschlossenen Erleichterungen des Vereinsgesetzes für die Berufsvereine und ersuchte die Regierung, im Bundesrat gegen diese Reichstagsbeschlüsse Stellung zu nehmen. Es sei festgestellt, daß diese Berufsvereine, die er nicht näher kennzeichnen wollte, ganz besonders mit dem Volkst um arbeiteten. Diese Berufsvereine würden jetzt junge Leute von 18 Jahren mit Politik beschäftigen und sie unterweisen, wie sie die persönliche Freiheit anderer Staatsbürger beeinträchtigen könnten durch Vorkott usw. Schließlich würden durch solche Beschlüsse, wie sie die Reichstagskommission zum Vereinsgesetz gefaßt hat, jene Berufsvereine, die sich im wesentlichen auf die Arbeiter beziehen, doch nicht befriedigt. Als man ihnen den kleinen Finger reichte, wollten sie gleich die ganze Hand und forderten weiter freie Organisationen auch für die ländlichen Arbeiter, für die Dienstboten usw. Das war der Spieß, an den die Großgrundbesitzer-Klassen des Wormser Leberbarons anbeissen sollten. Der edle Sozialistenführer aus Worms verweigert sich noch zu folgender Gemeinheit: Diese Organisationen der Arbeiter haben auch Beamte mit Gehältern bis zu 3600 Mark, die natürlich ein Interesse an der Erhaltung von Gemeinlichkeiten haben.

Das ist das alte Lied von den „gemäßigten Kaitatoren“, das bis kurz vor dem Kriege mit schmerzlichen Behagen gesungen wurde, und in „Verpöbnung von Arbeiterarosehen“ und „Belastung der Arbeiter mit einer indirekten Steuer zum Wohle einiger weniger Angestellten“ ausklang. Wer geglaubt hat, nach Beendigung des Krieges derartige Schmähebreiten nicht mehr zu hören, irrt sich, wie obiges Beispiel während des Burgfriedens beweist. Herr von Döhl erzählte weiter, daß man in Berlin jene Zustände gemacht habe für die vaterländische Gefinnung der Arbeiterschaft. Es sei aber verfehlt, eine Demokratisierung aus Populäritätsbrüchlichkeit erfolgen zu lassen. Die Leute, die in den Schlingengärten eine Kette von Geldern bildeten, würden, wenn sie nach Hause kämen, schon ihre frühere falsche politische Auffassung bekräftigen. Diese Gefinnung gegen auch wir Sozialdemokraten, freilich in einem ganz anderen Sinne, als der Wormser Leberbaron.

Ein Mißgeschick widerfuhr dem Wormser „Arbeiterfreund“ bei seiner Scharfmacherei noch dadurch, daß ihm ein Sekundant im Hause erkrankte, den er so ganz und gar nicht brauchen konnte. Der Vertreter der Siegener Universität,

